Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 11

Artikel: Kreml : "Die grösste KP der Welt taugt nichts"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076662

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kreml: «Die grösste KP der Welt taugt nichts»

Der Streit zwischen China und der Sowjetunion bringt nahezu ununterbrochen neue Enthüllungen und scheint laufend an Schärfe zu gewinnen. So bemerkenswert der ausfällige chinesische Ton ist (siehe letzte Nummer), so auffällig ist auch eine neue Methode der sowjetischen Stellungnahme. Moskau hat (in der «Prawda» vom 28. und 29. April) die sehr zweischneidige Methode aufgegriffen, den internen Aufbau der KP Chinas zu verurteilen. Die Machthaber müssen sich bewusst sein, dass solche Kritik an der grössten kommunistischen Partei der Welt als Bumerang wirken kann. Denn es handelt sich um einen von Parteiseite aus geführten Nachweis, dass das kommunistische System keinerlei Gewähr für die Verwirklichung seines angeblich demokratischen Inhalts bietet. Unsere zusammengefassten Textauszüge zeigen, wie weit sich der Kreml heute auf heikles Gebiet vorwagt, um im polemischen Feuerwechsel nicht ohne Munition dazustehen.

Lenin betrachtete es als unmöglich, das Parteileben ohne Parteikongresse zu führen. Zu seinen Lebzeiten wurden Parteikongresse regelmässig abgehalten; auch Stalin liess sie bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges regelmässig einberufen.

China verletzt aber dieses Prinzip. Der VI. Kongress der KP Chinas wurde 1928 abgehalten, der VII. Kongress im Jahre 1945 und der VIII. erst nach 11 Jahren, 1956. Im Lauf der letzten 35 Jahre wurden also in China lediglich zwei Parteikongresse einberufen. Die KP Chinas hat den Kongress erst sechs Jahre nach dem Sieg der Revolution (1949) einberufen. Die Beschlüsse dieses Kongresses entsprechen grundsätzlich der marxistisch-leninistischen Theorie; sie wandten den Marxismus-Leninismus auf die chinesischen Verhätnisse an. An diesem Kongress wurde ein Parteistatut angenommen, das die Einberufung der Kongresse jedes fünfte Jahr vorsieht. In der Zeit zwischen zwei Parteikongressen sollten jährlich Sessionen des Kongresses einberufen werden. Die im Jahr 1956 gewählten Delegierten behalten während fünf Jahren ihre Rechte. Die zweite Session sollte 1957 stattfinden, wurde aber erst 1958 abgehalten. Dies war die letzte Session, obschon seitdem sechs Jahre verliefen. Die Einberufung der dritten Session war für das Jahr 1960 vorgesehen, fand aber nicht statt. Eine solche Haltung wird in keiner anderen marxistisch-leninistischen Partei praktiziert. Keine einzige Partei in der kommunistischen Weltbewegung hat diese «Erfahrung» der Chinesischen KP übernommen.

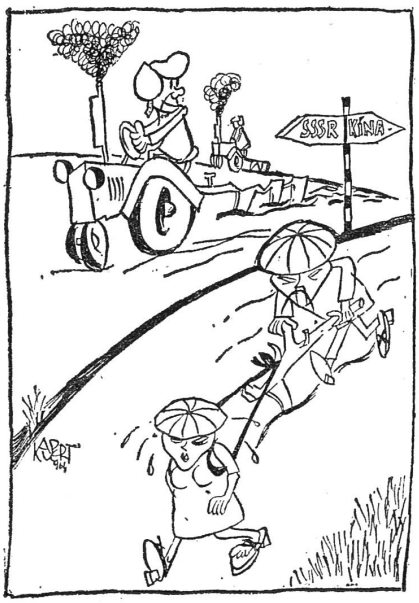
Anlässlich der Wahl der Delegierten in den VIII. Parteikongress im Jahr 1956 belief sich die Anzahl der Parteimitglieder auf 10,7 Millionen. Heute auf 18 Millionen. Die 1956 gewählten Delegierten vertreten aber trotzdem die ganze Partei, sie behalten ihre Mandate, trotzdem die fünf Jahre schon seit langem abgelaufen sind. Beinahe die Hälfte der Parteimitglieder, mehr als 7 Millionen haben sich also an der Wahl ihrer Vertreter nicht beteiligt. Wo ist hier die innerparteiliche Demokratie? Wo sind die Rechte der Parteimitglieder? Der 1961 fällige Kongress wurde bis heute nicht abgehalten. Es ist jedermann klar, dass in der KP Chinas die Fragen nicht den Statuten entsprechend, sondern durch die Anweisungen von Mao Tsetung gelöst werden, wie es in der Sowjetunion zu Stalins Lebzeiten der Fall war. In der KPdSU hat man die Einberufung eines neuen Parteikongresses nach dem Zweiten Weltkrieg des öfteren aufgeworfen. Stalin lehnte ihn aber ab.

So etwa geht es jetzt in der KP Chinas zu. Der erste Fünfjahresplan für die Entwicklung der Wirtschaft wurde am Parteikongress nicht erörtert; die Linie der «drei roten Fahnen» und der Uebergang von den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu den Kommunen wurde ohne die Direktiven des Kongresses (und gegen die Beschlüsse des Kongresses von 1956) vorgenommen. Die neue Fünfjahresplanperiode hätte noch im Jahr 1963 anlaufen sollen. Man hört aber nichts über die Einberufung des Kongresses.

Mit voller Gewissheit kann man erklären, dass die während der letzten Jahre praktizierte neue Linie in der internationalen kommunistischen Bewegung, in der internationalen Politik und in der Innenpolitik, die ideologische Plattform bildet, welche die Revision der wichtigsten Thesen des Marxismus-Leninismus darstellt. Die neuen Beschlüsse wurden ohne den Parteikongress und gegen die Beschlüsse der vorhergehenden Parteikongresse praktiziert. Das ist nicht nur eine Revision der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis der kommunistischen Parteien, sondern auch eine Revision im inneren Parteileben, die den Prinzipien und Beschlüssen der Parteikongresse widerspricht. Infolgedessen stellt ein Versuch, sich mit der ideologischen und praktischen Tätigkeit der KP Chinas auseinanderzusetzen, keinenfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der KP Chinas dar. Dies hat mit der groben Einmischung der chinesischen Parteiführung in die inneren Angelegenheit anderer Partei nichts Gemeinsames.

Revision der Innenpolitik der KP Chinas

Die innere Wirtschaftspolitik Chinas kann während der letzten Jahre, durch die Linie der sog. «drei roten Fahnen» charakterisiert werden. Dies bedeutet: die Generallinie, plus der grosse Sprung und die Volkskommunen. Es ist merkwürdig, dass der grosse Sprung (die Industrieentwicklung) und die Volkskommunen (Linie für Förderung der Landwirtschaft) keinen Bestandteil der «Generallinie» bilden, sondern als Ergänzung figurieren. Es ist kein Zufall, dass keine der Schwesterparteien, auch die KP Asiens inbegriffen, die Politik der «drei roten Fahnen» übernommen hat. Aber diese politische These kann auch in den Kongressbeschlüssen der KP Chinas nirgends aufgefunden werden. Im Gegenteil: in den Kongressbeschlüssen kann man eine genaue Formulierung der Generallinie finden, die der heutigen Konzeption widerspricht. Es heisst im Rechenschaftsbericht des ZK der KPCh im Jahr 1956 u. a.: «das Tempo der Entwicklung muss dauerhaft und sicher sein, die richtigen Proportionen in der Förderung der Wirtschaft können nicht umgangen werden ... damit die Planerfüllung nicht vereitelt und Vergeudung vermieden wird, denn diese würden zu abenteuerlichen Fehlern führen». Auch im Referat über die Vorlage zum zweiten Fünfjahresplan wurde eine Warnung an die linksorientierte Abweichung gerichtet: «Einige Branchen der Volkswirtschaft und einige Gebiete des Landes machen Anstrengungen, um möglichst rasche Erfolge aufzuweisen. Sie versuchten das, was für 7 bis 12 Jahre erreichbar ist, während 3 bis 5, sogar 1 bis 2 Jahre zu verwirklichen. Das ZK der Partei



Wenn chinesische Experten in der Sowjetunion tätig wären! Diese Karikatur aus «Grimasz», satirische Beilage der in Novi Sad erscheinenden Zeitung «Magyar Szo», nimmt Bezug auf eine ironische Offerte Chinas. Aus einem am 9. Mai von Peking veröffentlichten Briefwechsel zwischen den Zentralkomitees der sowjetischen und chinesischen Partei ging hervor, dass Moskau letzten Herbst angeboten hatte, wiederum Experten nach China zu entsenden. Peking lehnte ab, nicht ohne aber seinerseits Fachleute anzubieten, da die UdSSR-Wirtschaft das offenbar brauchen könne.

deckte diese Abweichung rechtzeitig auf und liquidierte sie». Der Kongress rief die Partei in seinem Beschluss auf, gegen die Tendenz zum blinden Vorwärtslaufen zu kämpfen, denn dies berücksichtigt nicht die tatsächliche Lage und die realen Möglichkeiten und verletzt die proportionelle Entwicklung der Volkswirtschaft.

Die Revision dieser These kann man schon vom Rechenschaftsbericht Liu Schao-tschi an der II. Session des Parteikongresses (1958) an verfolgen.

An der II. Session des Kongresses, im Mai 1958, hatte man noch über die Aufgabe gesprochen, England innert 15 Jahren in der Erzeugung der wichtigsten Sortimente der Industrieproduktion einzuholen. Aber schon im gleichen Jahr begann man darüber zu sprechen, dass England auf dem Gebiet der Stahl- und Roheisenproduktion während 1 bis 2 Jahre eingeholt werden könne. Im Sammelband für das Jahr 1960 «Es lebe der Leninismus!» wurde folgende «theoretische» Begründung für die Vernachlässigung der Technik gegeben «Die Marxisten-Leninisten sagten immer, dass in der Weltges:chichte der Menschheit nicht die Technik, sondern der Mensch, die Volksmassen den bestimmenden Faktor darstellen». Durch die Gegenüberstellung von Menschen und Technik wollen sich die chinesischen Führer wegen der irrealen, fanatischen, unerfüllbaren Aufgaben vor dem Volk rechtfertigen, sie wollen ihre abenteuerliche Politik rechtfertigen.

Im ersten Fünfjahresplan (bis 1957) wurde die industrielle Produktion Chinas beinahe verdoppelt und dies war ein ernsthafter Erfolg. Der Fünfjahresplan wurde während vier Jahren erfüllt. Im zweiten Fünfjahresplan war die Verdoppelung der industriellen Produktion vorgesehen. Nachher traten aber die neuen Tendenzen auf. Schon im Juli 1958, also kurz nach der II. Session des VIII. Parteikongresses mit dem neuen Volkswirtschaftsplan hat man das Tempo der industriellen Produktion wesentlich vergrössert. Dem Plan entsprechend sollte diese während fünf Jahren auf das 6,5fache erhöht werden, wobei die jährliche Zuwachsrate 45 Prozent ausmachen sollte. Die landwirtschaftliche Produktion sollte während dem gleichen Zeitabschnitt auf das 2,5fache erhöht werden, wobei die jährliche Zuwachsrate auf 20 Prozent erhöht wird.

Die fünf Jahre sind vergangen, die chinesische Führung hält es aber nicht für notwendig, der Partei und dem Volk Rechenschaft abzulegen. Die Gefahr der ultrarevolutionären linksgerichteten Pläne bestand u. a. darin, dass das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unausweichlich zerbrach, denn die forcierte Industrialisierung legte grosse Lasten auf das Bauerntum. Diese Gefahr hat sich natürlich bald auch in China gezeigt, und deshalb wurden die Kommunen errichtet und Versuche unternommen, um einige notwendige Entwicklungsstufen in der Landwirtschaft zu überspringen.

Die Beschlüsse des VIII. Parteikongresses im Jahre 1956 warnten ernsthaft vor dem Sprung nach vorne bei der Kollektivierung der Landwirtschaft: «In der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften muss man den blinden Zusammenschluss der kleinen Genossenschaften in grosse vermeiden ...» Die chinesische Parteiführung betrachtete aber diesen Beschluss als nichtverpflichtend. Schon 1958 wurde der «Kampf gegen den sogenannten Sprung nach vorne» verurteilt und Ende August 1958 erschien der Beschluss des ZK der KPCh «über die Errichtung der Volkskommunen».

Das ZK-Plenum der KP Chinas erliess folgende Losung: «Wir dürfen nicht in der Etappe des Sozialismus auf dem toten Punkt angelangt sein». Die Meinung war: Der Kommunismus wird in China offenbar in einer nahen Zukunft verwirklicht. Und jetzt bezweifeln die chinesischen Führer die Möglichkeit des Ueberganges zum Kommunismus in der Sowjetunion, die den Sozialismus schon aufbaute.

Die chinesischen Führer erklärten, ohne die notwendige materiell-technische Basis und andere Voraussetzungen zum Uebergang zum Kommunismus zu haben, dass die chinesischen Bauern, infolge ihres hohen Bewusstseins, früher zu den Kommunen übergehen können als die sowjetischen. Dabei handelt es sich um die Vereinigung von 15 000 bis 20 000 Bauernhöfen, ohne erfahrene Kader. Zum Schluss sprach man nicht nur von der Uebergabe der Landwirtschaft, Schulen, der Lokalindustrie in die Hände der Volkskommunen, sondern von der Militarisierung der Kommunen, wobei sogar der Ausmarsch auf die Felder wie in Militäreinheiten organisiert wird.

Phantastische Pläne wurden aufgestellt, man sprach davon, dass China in den nächsten Jahren seinen Reis nicht unterbringen könne. Und nach einigen Monaten begann der Hunger und die Lebensmittelkarten wurden eingeführt.

Nachher wurden die Kommunen umgebaut, unter dem Schild von grossen Brigaden wurden im Grunde genommen die früheren Kooperativen hergestellt und auch das Prinzip des materiellen Anreizes wurde im bedeutenden Ausmass hergestellt. Es fehlte aber an Mut, zu erklären, dass die chinesischen Führer bei den Volkskommunen eine ernsthafte Niederlage erlitten.

Seit einigen Jahren werden in China keine wirtschaftlichen Daten veröffentlicht, die geringste Information über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung wird verweigert. Vor 1958 war es ganz anders.

Heute haben die Kongressbeschlüsse und die Beschlüsse des ZK keine selbständige und bestimmende Bedeutung, sie gelten nur als Kommentare zu den Anforderungen des Führers. Die Zeitung «Tschungo Tschinjanbao» schrieb am 10. 3. 1964: «Die Beschlüsse und Dokumente des ZK unserer Partei und der höchsten Organe stellen die Konkretisierung der Ideen von Mao-tse-tung im jetzigen praktischen Kampf und in der heutigen praktischen Arbeit dar».

Die Partei ohne Programm

Im Juni 1956 sah die soziale Zusammensetzung der KPCh folgendermassen aus: Arbeiter — 14 Prozent, Bauern — 69,1 Prozent, Intellektuelle — 11,7 Prozent, Vertreter der übrigen Gesellschaftsschichten — 5,2 Prozent.
(Anschliessend schreibt die «Prawda» darüber, wie der Kongress von 1956 vorbereitet wurde:)

Die wichtigste Eigenschaft der chinesischen Parteientwicklung ist aber die Tatsache, dass diese Partei eigentlich kein Programm besitzt.

Das vom II. Kongress der KPCh (1922) angenommene Manifest wird selbst von der KPCh nicht als Programm anerkannt. Die KPdSU sorgte immer für das Parteiprogramm, für die Chinesen ist es eine zweitrangige Frage. Hätte die chinesische KP 15 Jahre nach dem Sieg der Revolution keine Möglichkeit, ein Parteiprogramm anzunehmen? In den Zeitungen Chinas kann man die Behauptung des öftern lesen: wir lassen uns durch die Beschlüsse anderer Parteien nicht leiten, niemand wollte aber den Chinesen die eigene Parteilinie aufdrängen. (Die «Prawda» bringt eine Parallele zur sowjetischen Parteigeschichte:) der XVIII. Kongress der KFdSU (1939) nahm einen Beschluss über die Annahme eines neuen Programmes an. Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung des Programmentwurfes gewählt. Diese Kommission, wie auch die andere, vom XIX. Kongress (1952) gewählte, trat niemals zusammen. Erst nach dem XX. Parteikongress sei es gelungen, das neue KPdSU-Programm auszuarbeiten und anzunehmen.

Die Frage wird gestellt, ob die chinesischen Kommunisten sich nicht wundern, weshalb eine Partei mit 17 Millionen Mitgliedern, im Gegensatz zu den übrigen KP, kein Programm hat.

Der Mangel an einem Programm, der Verzicht auf die regelmässige Einberufung von Parteikongressen, die «Veraltung» der Kongressbeschlüsse und in diesem Zusammenhang die Meinung, dass die Kongressbeschlüsse nicht mehr verpflichtend sind, haben mit dem Marxismus-Leninismus wenig zu tun. Sie sind charakteristisch für eine Parteiführung, welche dem Personenkult huldigt und den Weg des Revisionismus geht. So kann man das Programm und den kollektiven Parteiwillen sowie die für die ganze internationale kommunistische Bewegung geltenden allgemeinen Prinzipien durch Anordnungen ersetzen.